



Schwerpunkthema im Jahrbuch für Pädagogik 2015

# Inklusion als Ideologie

Durch eine Ankündigung in der eßw vom Juni 2016 neugierig gemacht, haben wir uns genauer mit dem Jahrbuch für Pädagogik beschäftigt, das 2015 dem Thema „Inklusion als Ideologie“ gewidmet ist.

Schon die Überschriften der Beiträge des Sammelbandes versprechen eine ideologiekritische Auseinandersetzung mit dem Schwerpunktthema des Jahrbuchs: Beiträge zu den Themen „Inklusion im Neoliberalismus“, „Inklusion und Exklusion“ oder „Inklusion und Differenz“ sollen Verbindungen zwischen aktuellen politischen Debatten und der pädagogischen Forderung nach Inklusion im Schulbereich herstellen.

Brigit Herz weist in ihrem Beitrag „Inklusionssemantik und Risikoverschärfung“ darauf hin, dass die Praxis der Inklusion einem „Ökonomisierungsstress“ unterworfen ist, der dazu führen kann, dass die Forderung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Na-

tionen (BRK) nach Partizipation in allen Lebensbereichen auf eine Debatte über Inklusion in der Schule verkürzt wird:

*„Für die Parzientwicklung von inklusiven Schulen hat diese politische Instrumentalisierung von Diagnostik in der inklusiven Schule weit reichende Konsequenzen. Sie entstehen einerseits durch das Vorenthalten einer fachlich begründeten Ressourcenausstattung (...); andererseits werden sie auf der personalen Ebene aller an Schule beteiligten Personen deutlich spürbar.“*

Brigit Herz stellt fest, was auch die Befragung hessischer GEW-Mitglieder zum Beispiel durch die Kreisverbände Hannau und Lahn-Dill ergeben hat:

*„Die neuen Aufgaben können unter den jetzigen Bedingungen nur durch vielfach erhöhten persönlichen Arbeitsaufwand bewältigt werden.“*

Wo Inklusion misslingt, fänden sich vor allem besonders schwierige Kinder dann „zunehmend im Gesundheitssystem oder im Fürsorgesystem der Kinder- und Jugendhilfe“ werden also faktisch institutionell exkludiert.

Edgar Weiß wirft den Inklusionsbegriffen in seinem Beitrag „Inklusionsideologie und pädagogische Realität“ vor, sie klammerten die Erkenntnis aus, dass soziale Exklusion dem Kapitalismus wesensgemäß sei. Der Umgang mit ADHS stehe exemplarisch für die „Pathologisierung sozialer Auffälligkeiten gemäß biologischer Deutungsmuster“, der Umgang mit Störungen sei von „kontrastierenden Normalitätserwartungen“ geprägt. Ähnliche Behauptungen haben ja auch schon *Leuzinger-Bohleber, Brandl* und *Hühner* in ihrem Buch „ADHS – Frühprävention statt Medikalisierung“ dokumentiert (Göttingen 2006). Nach Ansicht von Weiß spricht nichts gegen eine Inklusion, „soweit dies für die Betroffenen die vorteilhafteste Option darstellt“, jedoch spricht seiner Meinung nach viel gegen Inklusion, wenn sie „tendenziell durch die Stabilisierung von Sonderfall-Karrieren (...) exkludiert“.

*Sven Romy* und *Sven Quiring* berichten in ihrem Beitrag „Hamburg weiter vorn? Zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der Umsetzung der

schulischen Inklusion“ aus der Praxis des Stadtstraates. Die in dem Gutachten der Professoren *Klaus Klemm* und *Ulf Preuss-Laursitz* aufgestellte Behauptung, man könne Integration bzw. Inklusion „ohne zusätzliche Ressourcen (...) umsetzen“, sei durch die Erfahrungen in Hamburg widerlegt worden. Die Auflösung der bestehenden integrierten Regelklassen und die Verteilung der Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen auf Grund- und Regel Schulen unter SPD-Bildungssenator *Rabe* führte „zu heftigen Protesten“. Statt der versprochenen zusätzlichen *Sonderpädagogen* kamen aus Bundesmitteln finanzierte *Sozialpädagogen*.

Gleiches geschieht heute in Hessen: Durch die Abschaffung des Gemeinsamen Unterrichts (GU) werden Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf unter dem Label „Inklusion“ die notwendigen Förderschullehrkräfte vorenthalten. Auch in Hessen gilt, was *Romy* und *Quiring* für Hamburg schreiben: Jede sonder- und sozialpädagogische Fachkraft sei rechnerisch für mindestens vier bis fünf Klassen zuständig und der Bedarf wird „gerade für die sonderpädagogischen Förderschwerpunkte Sprache und emotional-soziale Entwicklung (...) von der Schulbehörde definiert und diktiert“. Tatsächlich liege die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf weit über dem von den Schulbehörden vermuteten Limit von 4% in Grundschulen und 8% in Sonderschulen.

Die Autorinnen und Autoren des Jahrbuchs gehen jedoch über die Kritik an Unternehmensfinanzierung und Organisationsproblemen hinaus und thematisieren grundlegende Fragen, die in der öffentlichen Debatte zunehmend verdrängt wurden. Die gebetsmühlenartig vorgetragenen Verweise auf die BRK und das damit verbundene moralische Pathos ließen Einwände aus der pädagogischen Praxis als kleintätige Bedenkenträgererei erscheinen, durchaus auch in Publikationen der GEW.

Es gehört zu den großen Verdiensten des Jahrbuchs, dass es den eigentlichen Kern der BRK wieder ins Bewusstsein ruft, die eine *größtmögliche Partizipa-*



*tion in allen Lebensbereichen* fordert und keineswegs zwingend vorschreibt, dass Kinder mit Förderbedarf unabhängige von ihren individuellen Bedürfnissen einheitlich im Regelunterricht beschult werden müssen. Die Autorinnen und Autoren des Jahrbuchs halten diese gedankliche Engführung und die Reduktion der umfassenden BRK auf ein bestimmtes Inklusionsmodell nicht einfach für eine Missverständnis. Vielmehr wird ein abstrakter und gleichzeitig eingengter Begriff von Inklusion auf Kosten von Lehpersonen und Förderpersonal umgesetzt. Vor allem aber torpediert die faktische Beendigung der individuellen Förderung von Kindern mit Problemen Chancen zur tatsäch-

lichen Teilhabe im Erwachsenenleben. Die größtmögliche Partizipation für alle Menschen bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung, die weit über die Schaffung von unterfinanzierten „Modelregionen“ und moralisierende Appelle zur Selbstaufbebung des pädagogischen Personals hinausgeht.

Dies müssten wir uns bildungspolitisch sehr viel mehr kosten lassen, als heute in den Haushalten aller Bundesländer veranschlagt ist. Und wir müssten auch (wieder?) lernen, Differenzen auszuhalten.

Es gibt unserer Ansicht nach keinen Königsweg der Inklusion, der für alle Kinder gleichermaßen geeignet ist. In der pädagogischen Wissenschaft und in

der Lehrerbildung werden zu Recht die „Individualisierung des Lernens“ und die „Verschiedenheit von Lernwegen“ propagiert. Und ausgerechnet für Kinder mit besonderem Förderbedarf sollen solche unterschiedlichen Lernwege gesperrt werden? Es wäre außerordentlich verdienstvoll, wenn das in diesem Jahr erschienene Jahrbuch für Pädagogik derart grundlegende Debatten neu beleben könnte.

Elisabeth Gessner, Horst Paul Kuhley  
Forum Lesen Kassel

Sven Kluge, Andrea Liesner und Edgar Weiß: Jahrbuch für Pädagogik 2015. Inklusion als Ideologie. Frankfurt am Main u.a. 2015. 36 Euro

## GEW solidarisch mit Streiks in Frankreich

Was spätestens am 9. März begann, war mehr als eine gewerkschaftliche Bewegung gegen das geplante Arbeitsgesetz *Loi travail*, mit dem die Regierung von *Manuel Valls* die „Reformfähigkeit“ Frankreichs verbessern wollte. Das Gesetz und die intendierte Zerstörung von Schutzbestimmungen, die im Verlauf von hundert Jahren erkämpft wurden, waren Kristallisationspunkt einer gesellschaftlichen Bewegung, die tiefere Fragen stellte. Besonders Jugendliche, insbesondere in der Platzbesetzbewegung *Nuit Debout*, fragten nach unserer Lebensweise überhaupt, nach Demokratie, Verfassung und Wirtschaftssystem.

Von Beginn der öffentlichen Diskussion an wurde das Gesetz von mehr als zwei Dritteln der französischen Bevölkerung abgelehnt – trotz intensiver Bearbeitung durch die Medien. Die bei einer derartig breiten Ablehnung für Frankreich relativ niedrige Beteiligung an den Demonstrationen war auch Folge einer Repression gegen Gewerkschaften, die Frankreich so seit dem Algerienkrieg nicht mehr erlebt hat. Nicht nur in Paris mit bis zu 20.000 Demonstrantinnen und Demonstranten gab es massive Übergriffe der Bereitschaftspolizei.

Auf dem Höhepunkt der Streikbewegung Ende Mai war ein Drittel der französischen Tankstellen ohne Benzin, traten erste Versorgungsengpässe auf. Trotzdem waren zwei Drittel der Bevölkerung dagegen, die Blockaden durch die Polizei räumen zu lassen.

Am 7. Juni riefen die Delegierten des GEW-Bezirks Nordhessen zur Solidarität mit der Bewegung in Frankreich auf. Bis heute wurden 6.295,97 Euro für eine Solidaritätskasse gesammelt, die von den Sektionen der Gewerkschaft GGT für Medien (Info'Com), für die Pariser Druckereien, für Air France und Goodyear eingerichtet wurde. In Frankreich wurden über 500.000 Euro gesammelt und an Streikende ausbezahlt. Jeder Spendeneingang wird auf Facebook dokumentiert. Wenn Schecks übergeben werden, werden große Fotos der Schecks ins Internet gestellt. Die GEW Nordhessen übergab am 15. Juli 3.500 Euro in bar in Paris.

Die Streikwelle lief mit der Europameisterschaft und der Sommerpause ab dem 14. Juli aus. Ohne Debatte konnte die Regierung von *Manuel Valls* das Gesetz mit dem Verfassungsartikel 49-3 durch die Nationalversammlung drücken. Die Hoffnungen auf einen Neustart der Bewegung am 15. September haben sich nicht erfüllt. In mehr als 100 Städten demonstrierten bis dahin laut Innenministerium 78.000, laut Gewerkschaften 170.000 Menschen gegen das neue *Loi travail*, das am 8. August von Präsident *Hollande* in Kraft gesetzt wurde.

Nach dem Ende der Protestwelle gab es kein übergewerkschaftliches Treffen und keine weiteren Demonstrationen. Der Widerstand gegen das *Loi travail* soll jetzt auf der Ebene der Betriebe und auf juristischer Ebene fort-

gesetzt werden. Klagen vor dem Verfassungsgesicht wegen der Verstöße des *Loi travail* gegen Bestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation und betrieblicher Widerstand gegen Ausfühungsbestimmungen des neuen Gesetzes sollen folgen. Der Kampf gegen die Verschlechterung der Lage der arbeitenden Bevölkerung bleibt eine europäische und internationale Aufgabe. *Le vent de l'histoire va changer!*

Bernd Landsiedel, Kassel

auf dem Foto (von links) *Bernard Schmid* (Übersetzer), *Olivier Blandin* (stellvertretender Vorsitzender der *Info'com-GGT*) und *Bernd Landsiedel* (GEW)

